

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 3

Artikel: Augenschein in Moskau
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Ida Nudel kurz vor ihrer Ausreise am 16. Oktober 1987.

Peter Sager

Augenschein in Moskau

Mit einer westlichen Menschenrechtsdelegation war der Leiter des Schweizerischen Ost-Instituts, Dr. Peter Sager, einige Tage in Moskau, wo er sowohl mit Vertretern sowjetischer Institutionen (wie etwa mit dem Justizminister) als auch mit Dissidenten aufschlussreiche Gespräche führen konnte. Hier der erste Teil seines Berichtes.

vermutet, die Ida Nudel während so langer Zeit bekundet hat.

Im Gespräch aber wurde ihre Dynamik, ihre Intelligenz spürbar, wurde auch verständlich, dass sie von einem Zion-Gefangenen (Juden, die wegen ihrer Ausreiseabsicht eingekerkert wurden) als Schutzengel bezeichnet worden ist.

Von Beruf Nationalökonomin, war Ida Nudel auf dem Planungsamt tätig. Eine der letzten Arbeiten bestand darin, den Standort für eine Fabrik für agro-biologische Produkte zu bestimmen. Diese Arbeit war mit keinen Geheimnissen irgendwelcher Art verbunden. Trotzdem wurde ihr die Ausreiseerlaubnis während 16 Jahren als «Geheimnisträgerin» verweigert, weil sie «Geheimnisse» gehört haben könnte.

Ida Nudel ist der festen Überzeugung, sie verdanke ihr Visum einzig dem Umstand, dass man im Westen an ihrem Schicksal so grossen Anteil genommen hat, dass die Protestbewegung nicht erlahmte, dass namentlich die USA sich um das Los der Juden in der UdSSR interessiert haben. Aber auch die seit 1969 im Euro-parat periodisch erstatteten Berichte über die Lage der Juden in der Sowjetunion seien in Moskau bekannt gewesen.

Frau Nudel will sich nun im Westen für die Juden in der Sowjetunion einsetzen, für die weniger bekannten, die grösseren Schwierigkeiten bei der Ausreise begegnen. Derweil 1986 nur knapp über 900 Juden aus der UdSSR ausreisen konnten, sind es 1987 doch schon 8155 gewesen, und alle bekannten Zion-Gefangenen wurden freigelassen.

Mit Ida Nudel führen viele der in Israel neu angekommenen Juden aus der Sowjetunion die ihnen gewährten Erleichterungen darauf zurück, dass die Sowjetregierung unter Gorbatschow um eine Besserung ihres Rufes im Westen bemüht ist.

Eine merkwürdige Folge der Glasnost betrifft allerdings die Juden in der Sowjetunion auf eine negative Art. Die von oben proklamierte grössere Freiheit der Meinungsäusserung hat spontan zur Bildung zahlreicher Klubs und Diskussionszirkel geführt, die amtlicherseits nicht behindert werden. Die stärkste dieser Gruppen ist Pamjat, die auf slavophiles Gedankentum zurückgreift, nationalistische Züge aufweist und neu von der Basis aus einen Antisemitismus bekundet.

Peter Sager

Es kam im Jahre 1943, dass ich, als Gymnasiast unter dem Eindruck der Gefahren und Verheerungen des Zweiten Weltkrieges stehend, mich auch um den Kommunismus zu interessieren begann. Die Rote Armee stiess nach Mitteleuropa vor und berief sich zur Erklärung ihrer Erfolge auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus. Was das sei, konnte mir niemand eingehend erklären. Wiederholte man den Fehler von einem Jahrzehnt zuvor, als man Hitlers «Mein Kampf» nicht gelesen hatte? So machte ich mich nebenbei und als Hobby an die Lektüre.

Der Prager Staatsstreich vom Februar 1948 bewog mich, fortan der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und der Bekämpfung des Totalitarismus meine volle Aufmerksamkeit zu widmen. Im April jenes Jahres gab ich die erste Nummer des «Freien Korrespondenz-Dienstes» heraus.

Nun, 40 Jahre später, hatte ich die Gelegenheit, meine erste Reise nach Moskau zu absolvieren, und das im Rahmen einer Delegation der Internationalen Helsinki-Vereinigung, des Dachverbandes jener nationalen Organisationen, die die Einhaltung der KSZE-Schlussakte von Helsinki (unterzeichnet am 1. 8. 75) überwachen.

Unsere Delegation

Die erste solche Organisation entstand spontan in der Sowjetunion, und ihre Gründer hatten von Anfang an wegen ihres Einsatzes zu leiden; einige sind noch heute in Gefangenschaft. Jetzt wurde eine Delegation mit Vertretern von Helsinki-Komitees aus 9 Ländern zu Gesprächen über die Lage der Menschenrechte in die Sowjetunion eingeladen. Eine hochrangige Delegation war dies, der vier ehemalige Minister (so aus der Schweiz alt-Bundesrat Friedrich), ein amtierender Parlamentspräsident, ein Nobelpreisträger und verschiedene Spezialisten (aus der Schweiz Pfarrer E. Voss, Direktor des Instituts Glaube 2. Welt) angehörten. Das allein ist bereits das Zeichen einer geistigen Wende, denn eine derartige Delegation mit solchem Auftrag hat es bis anhin noch nie gegeben.

Der Auftrag war inoffizieller, aber doch bedeutungsvoller Art. An der Wiener Nachfolgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hat die Sowjetunion vergangenes Jahr vorgeschlagen, eine Sonderkonfe-

renz über Fragen der Menschenrechte in Moskau durchzuführen.

Dieser Vorschlag war ebenso unerwartet wie dessen Annahme keineswegs selbstverständlich sein wird. Einige westliche Regierungen werden ihre Zustimmungen vom Ergebnis dieser Delegationreise abhängig machen; daher deren Bedeutung.

Die Gespräche über die Menschenrechte, deren Gewährung oder Vorenthaltung, wurden mit verschiedenen sowjetischen Behörden geführt, Ministern, Akademiemitgliedern, Vorsitzenden von Organisationen. Sie standen unter dem Stern von Glasnost (Transparenz) und Perestrojka (Umstrukturierung). Ein kurzer Rückblick darauf ist kaum überflüssig.

Die Vorzeichen der Perestrojka

Seit über einem halben Jahrzehnt habe ich unterstrichen, dass die sehr tiefe und grösstenteils systembedingte Wirtschaftskrise Osteuropas die Sowjetführung zu Konzessionen zwingen werde. Als Breschnew und Andropow sich noch Drohgesten leisteten und die weitere Teilnahme an Abrüstungsgesprächen verweigerten, mochte die Voraussage erratisch wirken, dass die Sowjetunion ein Abrüstungsabkommen sogar zum Preis der Zulassung wirksamer Kontrolle im Lande selbst erkaufen werden müsse.

Nicht voraussehbar war damals jedoch, dass mit Michail Gorbatschow ein Mann an die Macht gelangen könnte, der Reformen auf breitem Spektrum einleiten würde. Inzwischen ist das geschehen, und gar auf eindruckliche Weise: Die Partei wurde kritisiert, der Einfluss der Armee zurückgestuft, die kulturelle Betätigung erheblich erleichtert. Für die Wirtschaft wird in Milderung der bisherigen zentralen Planung und Lenkung ein gewisser Pluralismus angestrebt. 1987 durften mehr ausreisewillige Juden und Deutsche mit nahen Verwandten im Ausland ausreisen als in den vorangehenden fünf Jahren zusammen. Das sind bemerkenswerte Anzeichen eines Wandels, und sie sind in kurzer Zeit sichtbar geworden.

Längerfristig entscheidend sind indes die Änderungen der Institutionen, und die werden mit Justizreformen eingeleitet. Einige neue Gesetze sind bereits beschlossen worden; so wurde auf 1. 1. 1988 die Möglichkeit einer Berufung gegen Beschlüsse eingeführt, welche einen Bürger widerrechtlich benachteiligen. Das ist vielleicht bloss ein weiteres Zeichen, doch sicher kein nebensächliches.

Im Institut für Staat und Recht

Nun aber haben wir am Institut für Staat und Recht, das der Akademie der Wissenschaften der UdSSR untersteht, dessen Leiter, Akade-

Fortsetzung auf Seite 16

In Moskau

Schluss von Seite 3



Im Institut für Staat und Recht: Links der Direktor, Prof. Kudrjawzew, neben ihm Frau Prof. Kelina.

miemitglied Prof. Kudrjawzew, seinen Vorgänger Prof. Tschikwade und weitere seiner Mitarbeiter kennengelernt. Sie haben eine Vertrautheit mit den römischen Wurzeln unseres Rechtes, eine Kenntnis westeuropäischer Gesetzgebung, vor allem aber einen Willen zur Rechtsstaatlichkeit bekundet, die ausserordentlich ermutigend sind.

Das Institut ist weitgehend unabhängig und leistet Vordenker-Arbeit auf dem Gebiet des

Rechtswesens. Auf Ende letzten Jahres hat es fristgerecht seinen Entwurf zu einem neuen Straf- und Strafprozessrecht eingereicht, der nun von den zuständigen Behörden diskutiert und schliesslich vom Obersten Sowjet verabschiedet werden soll. Was dabei herauskommen wird, steht noch nicht fest. Wichtig ist jedoch der Umstand, dass von diesem Institut aus Vorschläge unterbreitet worden sind, die auf eine sehr weitgehende Verbesserung der Lage eines Angeklagten hinauslaufen: Der Verteidiger soll den Angeklagten von Anfang an als Beschützer begleiten. Bisher konnte der Advokat erst mit der Klageerhebung seine Arbeit aufnehmen, war keineswegs unabhängig und musste als Diener des Gerichtes wirken.

Beachtenswert ist auch die am genannten Institut geäusserte Überzeugung, dass viele Delikte eine wirtschaftliche Ursache haben und daher nicht mehr mit strafrechtlichen Massnahmen geahndet, sondern mit Wirtschaftsreformen vermieden werden sollen.

Beim Justizminister

Einer nicht minder deutlichen Sprache befehlste sich Justizminister Boris W. Krawzow. Die geplanten Reformen sollen der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie der Humanisierung dienen und stellten eine revolutionäre Neuerung dar, die nur mit der Zeit nach der Oktoberrevolution vergleichbar sei. Um ja keine Zweifel über den Sinn dieser Aussage bestehen zu lassen, fügte er bei: «Wir sind im Begriff, eine Kehrtwendung zu vollziehen!» Die Bürger sollen fortan als Menschen und nicht mehr als Instrumente angesehen werden. Eine Liste von über 200 politischen Gefangenen konnte ihm zur Prüfung vorgelegt werden.

Diese Kehrtwendung (sie wurde mit U-turn übersetzt) erlaubt eine gute Illustration des Vorganges. Wer mit grossem Tempo fährt und

wenden will, muss sein Fahrzeug erst abbremsen und nach der Umkehr erneut anfahren und langsam Geschwindigkeit zulegen. Generalsekretär Gorbatschow hat die Fahrt in der bisherigen Richtung abgebremst und holt zur Umkehr aus. Vielleicht fällt ihm jemand ins Steuer, vielleicht hat sein Auto eine Panne und bleibt zeitweise stecken. Doch die neue Richtung ist angepeilt und die Anfahrt vorläufig eingeleitet.

Natürlich können Wunder über Nacht kaum erwartet werden. Das Tempo wird schrittweise gesteigert. Zahlreiche Hindernisse sind zu überwinden. So hatte beispielsweise das neue Wirtschaftsgesetz, durch das die Selbstverantwortung der Betriebe erhöht wird, die Ausserkraftsetzung von 1200 Verordnungen und mehreren tausend Verfügungen erzwungen, die zur neuen Gesetzgebung im Widerspruch stehen.

Und das Volk, während Jahrhunderten autokratisch regiert und während fast sieben Jahrzehnten totalitär indoktriniert, muss nicht nur sein Misstrauen über allzu oft nicht eingehaltene Versprechen überwinden, sondern sich auch in den neuen Rechten einüben. Der Wahlakt, für den bisher ein einziger von einem Komitee bestimmter Kandidat zur Verfügung stand, vermochte wohl nie eine grosse Begeisterung zu erzeugen. Jetzt müssen zwei oder mehrere Kandidaten vorgeschlagen werden. Zwar ist es noch ein Komitee, das vorschlägt, aber es sind verschiedene Menschen, die zur Wahl stehen, und sie unterscheiden sich durch mehr als nur ihre Augenfarbe, Kopfform oder Körperlänge. Wer wählen will, muss lernen zu urteilen.

Der Presseklub Glasnost

Seit Dezember letzten Jahres gehört der Internationalen Helsinki-Vereinigung (IHV) auch eine russische Organisation, der Presseklub-Glasnost an. Mehrere Dutzend Mitglieder studieren in verschiedenen Arbeitsgruppen die Lage und setzen sich für die Erweiterung der Volksrechte ein. Den sowjetischen Behörden war bekannt, dass der Presseklub Glasnost in die IHV aufgenommen worden war. Unsere Delegation benötigte keine Erlaubnis, in einer Privatwohnung dicht gedrängt die Gruppenleiter zu treffen, um ihre Berichte anzuhören: Berichte über Benachteiligungen und Belästigungen. Erschütternd ist etwa das Los der Invaliden, denen keine besondere Hilfe zuteil wird.

Wie um den Beweis zu liefern, dass längst nicht alle alten Zöpfe gefallen sind, sollte sich zeigen, dass im Wagen eines Polizisten auf der Strasse unser Gespräch im 11. Stock abgehört wurde. Und prompt rief ein Polizist an, um den Wohnungsinhaber auf den Posten zu zitieren. Aber Zöpfe sind gefallen: Der Anruf bereitete keine Sorge mehr, der Polizist wurde auf den nächsten Tag vertröstet, und zu einer Vorladung müsse er sich ja die gerichtliche Anweisung erst noch besorgen. Ein Sonderfall gewiss, indem Lew Timofejew recht bekannt geworden ist und Publizität im Westen vor Übergriffen im Osten zu schützen vermag.



Lew Timofejew, der Vorsitzende des Presseklubs Glasnost, in seiner Wohnung.

Fortsetzung folgt